

Treffen mit der Bundesjustizministerin am 20.01.2020

Teilnahme des DJG-Bundesvorsitzenden Emanuel Schmidt am Arbeitsgespräch in Berlin

Zu einem Arbeitsgespräch mit der Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Frau Christine Lambrecht, MdB, waren die Vorsitzenden der Justizgewerkschaften zusammen mit dem dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach und dem dbb-Vize Friedhelm Schäfer als Gäste im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) in Berlin eingeladen. Unter Lei-



tung des dbb-Bundesvorsitzenden konnten für die Vertreter der Justizgewerkschaften bei der Bundesjustizministerin bedeutende und drängende Themen aus der Justiz eingehend erörtert werden.

Neben den Fragen zu den bisher wahrgenommenen Entwicklungen aufgrund des mit der Politik verabredeten „Pakt für den Rechtsstaat“, der als erster Aufschlag zu einer Verbesserung in der personellen Aufstockung in der Justiz begrüßt wurde, wurde von den Justizgewerkschaften hervorgehoben, dass diese Wohltat sich allerdings auch auf alle Beschäftigten im nicht-richterlichen Bereich der Justiz auswirken sollte.

Auf die positiven Auswirkungen zum Ausbau der Personalstärken in den Verwaltungen der Gerichte könne gar nicht genug hingewiesen werden, wie der dbb-Bundesvorsitzende Silberbach im Namen der Justizgewerkschaften betonte. Die Stärkung des Rechtsstaates ist ein wesentlicher und wertvoller Effekt, daneben erhöht die Investition in qualifiziertes Personal die Attraktivität der Justiz für die dringend notwendigen Nachwuchskräfte bzw. Bewerber.

Der DJG-Bundesvorsitzende Schmidt konnte gegenüber der Bundesjustizministerin auf die aktuellen Entwicklungen bei der Realisierung der elektronischen Akte in den einzelnen Bundesländern hinweisen. Hier sind die guten Absichten zur Digitalisierung der Justiz in manchen Belangen noch nicht in greifbare Nähe gerückt, wie Emanuel Schmidt ausführte. So scheitert das „Roll-Out“ häufig an der nach wie vor nicht ausreichend vorhandenen digitalen Infrastruktur, der fehlenden Barrierefreiheit für Kolleginnen und Kollegen mit Handicap und nicht zuletzt am fehlenden IT-Fachpersonal. Diese Fachleute suchen aufgrund attraktiverer Bezahlung überwiegend die Anstellung in der freien Wirtschaft anstatt in der Justiz. Auch

die bereits vorhandenen IT-Experten innerhalb der Justiz, verlangten deswegen eine noch größere Unterstützung, wie der DJG-Bundesvorsitzende deutlich machen konnte. Der DJG-Bundesvorsitzende appellierte für eine engagierte Herangehensweise an die Vorhaben der Digitalisierung, da es sonst zu Lasten aller Beschäftigten in der Justiz nur zu halbherzigen Ergebnissen kommen könnte.

Wie von den Vorsitzenden aller anwesenden Justizgewerkschaften im Gespräch mit der Bundesjustizministerin einvernehmlich festgestellt wurde, ist es ferner unerlässlich, gerade den in vielen Bundesländern weiter vorhandenen „mittleren Dienst“ mit Hilfe der bekannten Länderöffnungsklausel und in Form von Aufgabenübertragungen neue Stärken zu verleihen. An die Bundesjustizministerin erging die Bitte, gerade im Bereich der Urkundsbeamten der Geschäftsstellen und bei den Rechtspflegern für die längst möglichen Aufgabenübertragungen bei den Ländern intensiv zu werben.

Einen großen Raum im gemeinsamen Gespräch mit der Bundesjustizministerin nahm die unerträglich zunehmende Anzahl von Übergriffen gegen Mitarbeiter der Justiz, insbesondere bei Gerichtsvollziehern aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Gerichte und Staatsanwaltschaften ein. Hier sprach der dbb-Bundesvorsitzende die jüngst auf der dbb-Jahrestagung in Köln mit Bundesinnenminister Seehofer diskutierte Zentralstelle des Bundes für Gewalttaten gegen Amtspersonen an. Die Bundesjustizministerin betonte, dass jegliche Übergriffe nicht geduldet und strafrechtlich verfolgt werden müssen.

Das in offener und konstruktiver Atmosphäre mit der Bundesjustizministerin geführte Gespräch soll verabredungsgemäß, mit den Spitzenvertretern der Justizge-



werkschaften sowie der dbb Spitze, in regelmäßigen Abständen wiederholt werden.

V.i.S.d.P.:

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-
Türkismühle
geschaeftsstelle@djg.de

Bilder:

Jan Brenner/dbb